

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 8.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzustellungsliste Nr. 6176.

Hannover,
Sonnabend, 21. April 1900.

Inserate kosten pro 3gepaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Reinfstr. 31. Verlag: Nikolaitr. 46.

9. Jahrg.

Bekanntmachung.

Der Vorstand beruft hiermit den 5. ordentlichen Verbandstag auf Sonntag, den 5. August d. J., Nachmittags 4 Uhr, nach Salverstadt in das Lokal „Zum Odeum“ ein.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

1. Konstituierung des Verbandstages (Wahl des Bureau, der Mandatsprüfungskommission, Festsetzung der Geschäftsordnung).
2. a) Bericht des Vorsitzenden.
b) Bericht des Kassiers.
c) Bericht des Ausschusses.
3. Die Statistik und die Arbeitslosen-Unterstützung.
4. Statutenberatung.
5. Allgemeine Anträge.
6. Wahl des Ortes für den Verbandstg.
7. Wahl des Vorstandes und Ausschusses.

Die Wahlkreis-Einteilung wird in der nächsten Nummer des „Proletarier“ bekannt gegeben.

Für den Vorstand: August Brey.

Die Agrarier und die ländlichen Arbeitslöhne.

Das Wachsen der ländlichen Arbeitslöhne bildet das Desteren den Gegenstand einer beweglichen Klage des Bündlerblattes. Nach einem Vortrage, den Professor Dr. Werner in der letzten Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft gehalten hat, haben die Arbeitslöhne in den fünf östlichen Provinzen des preussischen Staates betragen im Jahre 1849 durchschnittlich 67 Pf. Tagelohn für den freien Arbeiter, 1873 137 Pf. und 1892 170 Pf. Nun ist bekannt, daß alle Unterhaltungskosten der Arbeiter (auch der ländlichen) gestiegen sind und Vohnerrhöhungen notwendig machen. Warum sollten von Leheren die ländlichen Arbeiter ausgeschlossen sein? Wir möchten doch, um diese von den Agrariern so sehr beklagte Steigerung ins rechte Licht zu rücken, die Frage aufwerfen: Wie steht es denn mit den landwirtschaftlichen Erträgen in der fraglichen Periode?

Als der sicherste Maßstab hierfür werden von agrarischer Seite die Pächterlöhne aus den Staatsdomänen betrachtet. Nun betrug aber die Pacht der preussischen Domänen im Jahre 1849 durchschnittlich 13,96 Mk., 1874 (für 1873 liegen uns entsprechende Daten nicht vor) bereits 32,34 und 1892 endlich 41,55 Mk. pro Hektar. In Prozenten berechnet ergibt das folgendes Steigerungsergebnis. Es betragen

| | 1849 | 1872 bezw. 73 | 1892 |
|-------------------------|----------|---------------|----------|
| die landw. Arbeitslöhne | 100 pSt. | 204 pSt. | 254 pSt. |
| die landw. Erträge | 100 | 232 | 296 |

Daraus aber ergibt sich unüberleglich, daß die Steigerung der Arbeitslöhne mit dem Wachsen der Erträge nicht nur nicht gleichen Schritt gehalten hat, sondern 1872 bereits um 28 Prozent, 1892 gar um 42 Prozent hinter ihnen zurückgeblieben ist. So sieht's aus, wenn man zusammengehörige Resultate der Statistik zusammenhält! In Wahrheit sind also die ländlichen Arbeitslöhne trotz ihres absoluten Steigens seit einem halben Jahrhundert relativ, d. h. im Verhältnis zu dem Verdienst des agrarischen Unternehmertums, seit 1849 beinahe um die Hälfte gesunken! Trotzdem aber schreien unsere Agrarier über ihre „Nothlage“! Trotzdem verweigern sie den ländlichen Arbeitern das Koalitionsrecht, mittelst dessen sie ihre Lage allmählich verbessern könnten! Und weil sie wegen des Mangels des Koalitionsrechts ihre Lage nicht in angemessenem Umfange aufbessern können, darum strömen sie, soweit sie nicht durch den Militärdienst an dem Leben in den Städten Geschmack gewinnen, wegen der höheren Löhne massenweise in die Städte ab. Und daran sollen sie nach agrarischen Wünschen durch die Vernichtung der Freizügigkeit z. verhindert werden! Weil es ihnen schlecht geht, jedenfalls relativ schlechter, als es ihnen vor 50 Jahren im Verhältnis zu ihren Arbeitgebern gegangen ist, darum soll es ihnen — noch schlechter gehen! Das ist agrarische Menschenfreundlichkeit, die wir hiermit im Lichte der unumstößlichen Ergebnisse der Statistik öffentlich zur Scham rufen.

Von der Agitation.

Im Auftrage des Gauvorstandes von Schleswig-Holstein unternahm Kollegin Ziehe-Hamburg während der Zeit vom 27. März bis 10. April eine Agitationstour durch den nördlichen Theil der Provinzen.

In Kiel, wo die erste Versammlung stattfand, war der Besuch ein guter und ein Mitgliederzuwachs von 20 Personen zu verzeichnen. Außerdem wurden noch einige Seeleute und ein Metallarbeiter ihren Organisationen zugeführt.

In Schleswig, wo allerdings nur ein kleines Lokal vorhanden, war dieses nicht nur überfüllt, sondern sehr Viele mußten umkehren. Auch hier war eine Reihe Neuaufnahmen zu verzeichnen.

Hierauf ging es weiter nördlich, weiter hinein in die „gute Gegend“, nach der Heimath des Kaffeepunktes.

Die Versammlung in Apenrade war glänzend besucht, auch sehr stark von Frauen. Viele neue Mitglieder gab's hier nicht zu gewinnen, da fast alle Hilfsarbeiter bereits dem Verbands angehören. Nur auf einer Holzsgerei waren noch ungefähr 10 Personen unorganisiert, die aber versprochen, jetzt beizutreten. Mit Hilfe des Verbandes ist es den dortigen Kollegen doch schon gelungen (obgleich die Zahlstelle erst ein Jahr besteht), die Arbeitszeit um eine Stunde zu verkürzen und den Tagelohn um 20 Pfg. zu erhöhen ohne Streit.

Der Versammlungsbesuch war auch in Borby ein guter, aber mit der Organisation haperts hier arg. An dem betreffenden Tage traten einige junge thakfräftige Leute dem Verbands bei, die versprochen, im Bunde mit den alten, treugebliebenen Mitgliedern für den weiteren Ausbau der Zahlstelle Sorge zu tragen. Wünschen wir ihnen guten Erfolg. Dieselben bei ihrem Vorhaben zu unterstützen, versprochen ebenfalls die hier in Arbeit getretenen Wilseneraner Lederarbeiter, die am Orte keine Zahlstelle und deshalb keine Verwaltungsbereitschaft haben, sondern als Einzelmitglieder dem Lederarbeiter-Verbands angehören.

In Habersleben, Engelsby und Harrislee war der Besuch nur mäßig, doch wurden immerhin eine Anzahl Mitglieder gewonnen und den alten Mitgliedern neuer Muth eingebläht. Im ersten Orte versprechen sich die Kollegen einen guten Erfolg von der Verbreitung eines in deutscher und dänischer Sprache verfaßten Flugblattes und beschloßen, ihre diesbezüglichen Wünsche dem Gauvorstande zu unterbreiten.

Die für Wasserleben geplante Versammlung mußte leider ausfallen, da der Wirth in letzter Stunde seine Zusage zurückzog. Die Kollegen beschloßen, das damit zu beantworten, daß sie am darauffolgenden Sonntag die Kupfermühle und Ziegeleien mit dem „Weder“ belegen, um so die Agitation zu betreiben.

Die Versammlung in Flensburg war sehr gut besucht und brachte auch etwa ein Duzend neue Mitglieder. Jedenfalls wäre der Erfolg weit größer gewesen, wenn die Laufzettel anders gedruckt worden wären; denn die Bekanntmachung von vier Versammlungen auf einem so kleinen Stückchen Papier ist sicher nicht praktisch. Das hätte der Gauvorstande bereits in Hamburg erfahren, da hätte er es für Flensburg nicht zum zweiten Male machen sollen. Es sollte jedem Orte überlassen bleiben, wie er seine Laufzettel drucken lassen will.

Eine gut besuchte Versammlung fand in Rendsburg statt. Die Zahlstelle hat in letzter Zeit einen erfreulichen Aufschwung genommen. Es thut aber auch noth. Die Verhältnisse sind wahrlich nicht rosig zu nennen, besonders nicht auf der Karlsbütte. Die Ventilation läßt viel zu wünschen übrig. Bis vor kurzem konnten die Akkordarbeiter nicht einmal Tagelohn halten, da es permanent an Material fehlte. Lohnzettel giebt es überhaupt nicht, so daß die Arbeiter nicht einmal wissen, wieviel man ihnen berechnet hat, wieviel und wofür Strafen abgezogen wurden. Die Krankenkasse, die ganze 6 Mk. Krankengeld pro Woche gewährt, hat große Ueberschüsse, und die Strafegelder, im letzten Jahre ca. 1500 Mk., werden auch zu den Ueberschüssen gezählt, und beim Jahresabschluss zieht die Firma dann den dritten Theil der Krankenkassenbeiträge, der von ihr vorher geleistet worden, wieder ein von dem Betrag des Ueberschusses, statt das Krankengeld zu erhöhen und nach anderen Richtungen die Kasse auszubauen. Dieses sind alles Uebelstände, die die Arbeiter bei geschlossenem Vorgehen sicher bald abstellen könnten. Am Versammlungsabend traten 10 Personen dem Verbands neu bei.

In Sonderburg, wo eine Lokalorganisation besteht, wurde versucht, an dem durch den Ausfall der Wasserlebener Versammlung frei gewordenen Tage eine Versammlung zu arrangiren, leider war so schnell kein Lokal zu haben, doch haben die Flensburger Kollegen

versprochen, in der nächsten Zeit zu versuchen, daß diese Kollegen zu uns übertreten.

Die Versammlung in B^oelsdorf bei Rendsburg, wo sehr viele Arbeiter in Karlsbütte wohnen, war ebenfalls sehr gut besucht, und wurden eine Reihe neuer Mitglieder unserem, sowie dem Metallarbeiterverbande zugeführt.

Den Schluß der Tour bildete die Versammlung in Neumünster, wo erst seit einiger Zeit die Zahlstelle sich neu konstituiert hat und einige 20 Mitglieder zählt. Der Besuch der Versammlung war ein sehr guter; leider fehlten meistens die Personen, die wir haben wollten, die Unorganisierten. Zu solchen Agitationsversammlungen sollte man die paar Mark für Laufzettel nicht scheuen, da ja die Unorganisierten auch sehr wenig die Arbeiterpresse lesen und deshalb die Annoncen nicht zu Gesicht bekommen. Einige Ausnahmen wurden trotzdem vollzogen.

Vorher hatten im Auftrage des Gauverbandes Agitationsversammlungen in Dilsdorf und Schiffbel stattgefunden, die uns ebenfalls einige neue Mitkämpfer brachten. Das Ergebnis dieser Tour war die Gewinnung von ca. 120 neuen Mitgliedern. Was aber vielleicht höher anzuschlagen ist, das ist die Aufklärung, die gebracht, und vor Allem die Ordnung, die an einzelnen Orten in der Verwaltung geschaffen wurde. Die Ausführungen der Kollegin Ziehe, den Ausbau des Arbeiterinnenschubes betreffend, fanden überall lebhafteste Zustimmung.

Auf Wunsch des Hamburger Gauvorstandes habe ich am 24., 25. und 31. März und am 1. April in vier öffentlichen Versammlungen über das Thema: „Wann der Arbeit, aufgewacht!“ gesprochen. Die erste sagte in Bergedorf; sie war leidlich gut besucht, wiewgleich der Saal noch Platz genug aufwies, den die nicht erschienenen Kollegen recht gut hätten benutzen können. Immerhin war der Besuch ein zufriedenstellender und der Verlauf ein guter, so daß die aufgewandten Mittel nutzbringend angelegt sind. Dasselbe kann ich von den andern drei Versammlungen leider nicht sagen. Die Wandsbeker Kollegen hatten den Nachbarort Hirschensfelde als Agitationsfeld gewählt. Obwohl dort eine zahlreiche Arbeiterbevölkerung wohnt, waren doch höchstens 80—90 Personen, meistens Organisierte erschienen. Dasselbe war in Bauernburg a. E. der Fall, wo die Organisation noch jung, aber recht gut gewachsen ist. Am traurigsten aber war es in dem politisch so hochentwickelten Geesthacht bestellt, wo es anfangs fraglich schien, ob es sich lohnte, die Eröffnung vorzunehmen. Unter diesen Umständen konnte es lediglich meine Aufgabe sein, an letztgenannten drei Orten den Kollegen ihre Pflicht, die Indifferenten wachzurufen im Sinne des Herweghschen Wortes, eindringlich nahezu legen. Die Ausbeute für den Verband ist naturgemäß eine sehr minimale gewesen. Rechnet man hinzu, daß obendrein die Zeit und bei den überaus ungünstigen Witterungsverhältnissen der letzten Wochen die Gesundheit der mit der Agitation betrauten, meistens ohnehin zur Genüge mit Agitationsarbeit belasteten Kollegen ziemlich zwecklos mitgenommen worden, dann ist die Frage wohl der Beachtung werth, ob diese Art Agitation von Vortheil ist oder ob nicht besser ein anderes System eingeschlagen wird, das zwar etwas kostspieliger ist, als die schematische Agitation, dafür aber auch ungemein rentabler. Als Mitglied des Lübecker Gauvorstandes kann ich in Uebereinstimmung mit allen meinen Kollegen erklären, daß wir längst von der relativen Werthlosigkeit sogenannter Agitationstouren überzeugt sind und es vorziehen, im passenden Augenblick heißes Eisen zu schmieden. Ich habe den Eindruck, daß diese Ueberzeugung sich schon an mehreren Orten Bahn gebrochen hat, und hoffe, daß sie weiter Wurzeln schlagen wird im Interesse des Verbandes, und besonders seiner Kasse.

August Rasch, Lübeck.

Die Lage der Arbeiter in den gemischten Fabriken Leipzigs.

Eine öffentliche Fabrik- und Arbeiterversammlung beschäftigte sich am Donnerstag, den 29. März, in der Gesellschaftshalle zu Lindenau mit der Art und Weise, wie einzelne Fabrikanten mit ihren Arbeitern umspringen und wie diese Arbeiter sich das gefallen lassen.

An erster Stelle rangirte wieder die Firma Fröh Schulz jun., die ihren Arbeitern und Arbeiterinnen den Besuch von Versammlungen bei Androhung der Entlassung verbot. Zu einer arrangirten Fabrikversammlung erschien denn auch ein Ganzen ein männlicher und sechs weibliche Arbeiter. Die

Drohung der Entlassung wurde aber nur bei dem männlichen Arbeiter verwirklicht. Die Arbeitsbedingungen verbessern sich unter diesen Verhältnissen natürlich nicht. Früher wurde 10 Stunden, jetzt 10 1/2 Stunden lang gearbeitet. Der Arbeitsverdienst, obwohl an sich nicht ungenügend, steht zu der verlangten Arbeitsleistung, besonders der weiblichen Arbeiter, in keinem Verhältnis. Die Firma versteht es eben, aus drei Geld zu machen. In dieser Fabrik sind auch Unfälle nicht selten, in einem Jahre sind ca. 10 vorgekommen. Seit einem Jahre schon soll an einer Maschine Schutzvorrichtung geschaffen werden, aber nichts ist bisher geschehen. Schlamm, ist es mit den Ventilationsvorrichtungen bestellt, ferner ist die der Stärkefabrik selbst in den Sälen an, die dem Saale, in dem die Stärke verarbeitet wird, benachbart liegen. Ein Baderraum ist vorhanden; er befindet sich — im Abort. Die Aborte sind ohne Selbstpumper. In anderen Aborten befinden sich Ankleideräume.

Der Herr Geschäftsführer hat ein sehr umfassendes Strafsystem eingeführt. Arbeiter, die wie üblich um 7 Uhr Feierabend gemacht, anstatt eine angefangene Arbeit zu vollenden, wurden mit 1 Mk. bestraft; weil sie aber glaubhaft machen konnten, daß sie nicht gewußt hatten, daß die Arbeit beendet werden sollte, wurde die Strafe zwar nicht erlassen, aber auf 50 Pf. ermäßigt. Zwei Mädchen hatten angeblich den Abort zu lange benutzt, dafür 20 Pf. Strafe.

Um angeblich Diebstählen zu begegnen, sind peinliche Visitationen eingeführt. Ein Mädchen, das auf ihre Visitation warten sollte, sich aber entfernte, wurde mit 1 Mk. bestraft. Noch nie hat die Visitation aber eine Unverzüglichkeit zu Tage gefördert.

Solche Zustände wären natürlich nicht möglich, wenn nicht die Fabrik und die Arbeiter in dieser Fabrik in schönster Stille stände. Die Kantine ist an einen Arbeiter für monatlich 25 Mk. verpachtet. Auf eine Anfrage, wozu die 25 Mk. verwendet werden, erwiderte der Kantinenverwalter, daß er darüber keine Auskunft geben könne, er zahle die Nacht und habe im Monat 20 Mk. Ueberfluß gemacht. Von einer Kontrolle der Strafgehalte ist nichts bekannt. Die Strafgehalte würden nur im Interesse einzelner Arbeiterkategorien, nicht aller Arbeiter verwendet.

In der Fabrik von Major funktionierten die Heizungsanlagen nicht; sie wurden repariert. Ein Arbeiter, der in der Organisation eine Vertrauensstellung bekleidet, und der bei seiner Arbeit unter der mangelhaften Heizung sehr zu leiden hatte, wollte sich überzeugen, wie lange man noch auf die Heizung würde verzichten müssen. Dies geschah Herrn Gebauer, dem Maschinenführer, nicht, er fuhr den Arbeiter dorthin, worauf dieser in bescheidener Weise erwiderte: Herr Gebauer aber, ein Mann, der früher in seinem Berufe selbst organisiert war und Vertrauensstellung bekleidet hat, befragte sich beim Chef und erwiderte dadurch die Mühseligkeit des Arbeiters. Auf Vorstellung, daß der Arbeiter doch an dem Vorkommis ganz unerschuldig, der Herr Maschinenführer Gebauer der allein Schuldige sei, gab der Chef nur zur Antwort: „Ich schütze meine Beamten.“ Der Chef wird geschätzt, der Schwache gelündigt! In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß die Fabrik von Major früher in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse den anderen als Muster dienen konnte, jetzt aber verschlechtert sich die Verhältnisse immer mehr. Ein Arbeiter, der bereits 20 Jahre dort arbeitet, bemerkte, daß nicht dem Chef, sondern den Meistern die Schuld beizumessen sei. Ein Arbeiter, der bereits seit 13 Jahren der Firma seine Kräfte geopfert, hatte einen geringfügigen Fehler gemacht; ihm wurde die Alternative gestellt, zu gehen, oder, anstatt wie bisher für 31 Pf., an einen anderen Posten für 26 Pf. Stundenlohn weiter zu arbeiten.

Bei Berahardi, Chemische Fabrik, Konstantinstraße, hat ein Arbeiter, der der Firma schon seit Jahren gedient hat, im Betriebe zwei Finger eingebüßt. Nachdem der Heilungsprozess vorüber und der Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen wollte, sollte ihm der Arbeitslohn nur die Höhe der Invalidenrente gezahlt werden. Der Arbeiter war der Meinung, daß sein Arbeitsverdienst sich ohnehin schon nach dem Verlust der Finger reduzierte, weil er bei der Handarbeit nicht im Stande sei, das frühere Quantum zu leisten. Allerdings hat Herr Berahardi erklärt, daß er den zurückgebliebenen Lohn dem Arbeiter gutrechnen wolle, irgend welche Verpflichtung wolle er aber nicht anerkennen. Zwei Vertrauenspersonen des Verbandes haben mit Herrn Berahardi gesprochen. Er hat ganz entschieden in Abrede gestellt, daß diese Maßregel gegen den Arbeiter um deswillen ergriffen sei, weil er für die Organisation tätig sei. Er (Herr Berahardi) könne aber nicht angeben, daß der Arbeiter nach dem Unfall ein höheres Einkommen haben soll als vorher. Sie und man er den zurückgebliebenen Arbeitslohn dem Arbeiter zuwenden, darüber verweigerte er jede Zugabe. Der Arbeiter hat sich unter diesen Umständen gezwungen, weiter zu arbeiten, und hat seine Stellung verlassen. Auch in dieser Fabrik wird über mangelhafte Ventilation, Schutzvorrichtungen, Einrichtungsgegenstände und Abortanlagen geklagt.

Es hilft aber nichts zu klagen. Köhler ist erst, wenn unsere Fabrikarbeiter nicht mehr wie jetzt zu 600, sondern zu Tausenden organisiert sind. Hoffentlich hält das Wachstum unserer Organisation wie im vergangenen Jahre, auch in diesem Jahre an, so daß auch die Unterdrückten und Geplagten der Leipziger Arbeiter dahin kommen, menschenwürdige Zustände anzuführen und zu erzwingen.

Soziale Mundschau.

Die Soziale Reform in der Praxis. Die Fabrikanten Driedger und Meyer aus Ober-Schönweide, die Kleinfarben herstellen, waren vom Amtsvorsteher angefordert worden, ihre Arbeiter täglich nur 6 Stunden zu beschäftigen, weil die Beschäftigung in hohem Grade gesundheitsgefährlich ist. Es war festgestellt worden, daß die Krankenkasse für Arbeiter des betreffenden Betriebes gegen 4000 Mk. Krankengeld in einem Jahre ausgegeben hätte, während die Arbeiter jetzt in demselben Jahre nur 200 Mk. Beiträge zur Krankenkasse bezahlt hatten. In Folge dieser Umstände hatte der Landrat eine strenge Ueberwachung des Betriebes angeordnet und der Amtsvorsteher die erwähnte Verfügung erlassen. Da Driedger und Meyer die Verfügung des Amtsvorstehers nicht beachteten, wurden sie angeklagt. Während das Schöffengericht die Angeklagten freisprach, hob die Strafkammer die Vorsatzscheidung auf und verurteilte jeden der Angeklagten zu einer Geldstrafe. Die Angeklagten behaupteten dagegen, der Amtsvorsteher sei nicht befugt, eine derartige Verfügung zu erlassen, zum Erlaß solcher Bestimmungen sei nur der Landrat berechtigt. Die Strafkammer erklärte aber dem Amtsvorsteher für befugt, zum Schutze der Arbeiter eine derartige Verfügung zu erlassen. Gegen diese Entscheidung legten die Angeklagten Revision beim Kammergericht ein. Dieses hob die Vorsatzscheidung auf, sprach die Angeklagten frei und erklärte die Verfügung des Amtsvorstehers für unzulässig; der Landrat habe die Befugnis für die

hier in Betracht kommenden Betriebe auf 12 Stunden festgesetzt!

Vom sozialen Kampfplage.

In Lägerdorf war seit Wochen eine Bewegung im Gange, die für alle drei Zementfabriken Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeiführen sollte. Es sind hier ca. 1500 Arbeiter in den Kreisbezirken und in den Zementfabriken beschäftigt. Man gab sich der Hoffnung hin, die Forderungen durch Verhandlungen mit den Leitern der in Frage kommenden Fabriken bewilligt zu erhalten. Die Hoffnung ist nicht erfüllt worden. Die Herren Direktoren haben in dem Hamburger Arbeitgeberverband Schule geoffnen. Wie diese Interessentengruppen durch den Herrenstolz, so wollen auch die Direktoren der Zementfabriken selbstherrlich über „Ihre“ Arbeiter verfügen. Sie lehnten die Forderungen rundweg ab. Natürlich war dieses brutale Verhalten nur geeignet, die Arbeiter mit Groll zu erfüllen. Bekanntlich ist der Groll kein guter Rathgeber. Der Gedanke, daß das wenig freundliche Verhalten der Fabrikleiter antwortet werden könne, durch allgemeine Niederlegung der Arbeit, wurde ganz ernsthaft erwogen. Eine zu Montag, den 8. April, einberufene Versammlung hatte über die anzuwendenden Mittel zu berathen. Die Versammlung, in der auch der Verbandsvorsitzende Aug. Brey anwesend war, beschloß, noch einmal den Versuch zu machen, die Fabrikdirektoren den Verhandlungen geneigt zu machen. Der Vorsitzende des Böttcherverbandes, Genosse Winkelmann aus Bremen, Kollege Brey und einige Kollegen wurden beauftragt, bei den Herren vorstellig zu werden. Die Bemühungen verliefen vollständig resultatlos. Der Direktor der Zementfabrik Byon, Herr Kuppel, erklärte in unverkältestem Referententone: Solche Verhandlungen lehnen wir kurzer Hand ab. Auf die Frage: Werden Sie denn mit Ihren Arbeitern verhandeln? erfolgte die Antwort: Mit unseren Arbeitern verhandeln wir zu jeder Zeit. Im Verlauf von kaum 10 Minuten standen nun drei — bereits auswärtige Arbeiter in dem Komptoir, um, geführt auf vorstehende Erklärung, für den Ausgleich der Differenzen, einzutreten. Sie sind mit nichtsagenden Ausflüchten abgefertigt worden. Bei dem Ersten war es das Betragen, welches ein Verhandeln unmöglich machen sollte; der Zweite bezieht Unfallrente, darum war er nicht geeignet, trotzdem er noch bis 24 Stunden vorher auf derselben Fabrik gearbeitet hatte, für Arbeiter zu sprechen; der Dritte, der früher schon einmal 4 Jahre in Lägerdorf gearbeitet und jetzt wieder seit 6 Monaten dort thätig ist, sollte wegen des letzteren Umstandes nicht genügende Erfahrung besitzen. Also auch mit den Arbeitern verhandelt man nicht, man will autoritär und absolut regieren. Sagte doch der Herr Direktor gegenüber den drei Arbeitern: Noch leben wir nicht im Zukunftsstaate! Also es ist bereits Bewirklichung des Zukunftsstaats, wenn man in ruhiger Weise über die Arbeitsbedingungen mit den Fabrikpächtern verhandeln will! Es streifen nun die Böttcher und die Brenner der Fabrik Byon. — Daß die ganze Geschäftsfrage für die Aktionäre in der Zementindustrie günstig ist, haben wir in Nummer 19 des „Proletarier“, Jahrgang 1899, nachgewiesen. Nach diesen Darlegungen hat eine der Lägerdorfer Fabriken, die „Mittelsche“, 21 Prozent Dividende gezahlt. Der Arbeiter gedenken aber die Herren Fabrikleiter und Aktionäre nicht. Vorkäufig ist es Pflicht der Lägerdorfer Kollegen, die der Organisation nach fernstehenden Kollegen — das ist leider noch ein großer Theil — der Organisation zu gewinnen, unter den Mitgliedern Aufklärung, Disziplin zu fördern, dann werden die Herren Leiter der Zementfabriken es nicht mehr wagen können, Abgesandte der Arbeiter wie Wittgenstein'se Lende zu behandeln.

In Hettstedt bei dem im südlichen Hannover gelegenen Städtchen Gardeggen haben sich die in den einer hannoverschen Firma gehörenden Salzfäbrischen beschäftigten Arbeiter unserer Organisation angeschlossen. Die zu verrichtende Arbeit ist mit großen Gefahren verbunden und erfordert starken Kraftaufwand der Arbeitenden. Die Bezahlung beträgt für die im Tageslohn Arbeitenden 2,20 Mk. und 2,30 Mk. Einige dreißig Kasakänder, die dieselben Arbeiten verrichten, erhalten aber 2,75 Mk. und darum hielten es die Arbeiter für billig, daß der bedeutende Unterschied zwischen dieser Bezahlung etwas ausgeglichen würde, sie forderten eine kleine Erhöhung der niedrigsten Tageslöhne. Die Forderung wurde abgelehnt, gleichzeitig erhielten der erste und zweite Bevollmächtigte die Kündigung mit dem Bedenken, diese würde zurückgenommen, wenn die beiden Uebelthäter ihren Austritt aus dem Verband vollzügen. Besteres zu thun, dazu zeigen die Kollegen aber keine Neigung, vielmehr verzharren sie darauf, sich ihre freie Willensäußerung nicht beschränken zu lassen. Sie werden dabei von dem Gros ihrer Mitarbeiter unterstützt. Das Bestreben der Letzteren ging nun darauf hinaus, die Kündigung rückgängig zu machen, ohne daß die Leitung des Betriebes auf Aufgabe der geforderten Erklärung beharrt. Auf den Rath des Kollegen Brey beauftragten die Arbeiter einige Kollegen, mit der Betriebsleitung zu verhandeln. Ein Resultat ergaben diese Verhandlungen noch nicht. Da die Annahme nicht unbegründet erscheint, daß sich die Leitung des Betriebes ganz falsche Vorstellungen von den Zielen des Verbandes macht und hierauf die Maßnahmen zurückzuführen sind, so wurde am Oster-Sonntabend eine Versammlung abgehalten, in welcher Brey-Hannover über die Frage referirte: „Dürfen und sollen sich die Arbeiter organisiren?“ Der Referent

wies nun nach, daß es vom Standpunkt des gesetzlichen Rechts, der Sitte und Moral ein Unrecht sei, wenn man dem Arbeiter die Betätigung an seiner Organisation wehren wolle. Wenn ein Unternehmner seine Arbeiter wegen der Verbandszugehörigkeit entlasse, so sei das nur der Ausfluß der Herrenmoral, er handle im Bewußtsein seiner wirtschaftlichen Ueberlegenheit; aber diese Handlung verleihe das Rechtserkenntniß weiter Volkskreise. Die Darlegungen stießen nicht auf Widerspruch. Warten wir nun die weitere Stellungnahme der Betriebsleiter ab. Merkwürdigerweise stellt der Herr Inspektor die Kündigung als eine von den Jahrgangern getroffene Anordnung dar, dagegen sind diese nach Meinung der Arbeiter viel zu human, um solche mit Arbeiterfreundlichkeit in Widerspruch stehenden Anordnungen zu treffen. Obwohl man es mit überaus ruhigen, besonnenen Arbeitern zu thun hat, waren das Staunen herausfordernde Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit u. d. Ordnung getroffen. Am Oster-Sonntabend waren 11 Genossinnen auf der Braunschweig-Station, deren fünf hatten vor Beginn der Versammlung vor dem Versammlungsorte Aufstellung genommen. Ja, man erzählte, in Göttingen hatte eine Kompagnie Soldaten eine des telegraphischen Rufes, um auszurücken und Ruhe und Ordnung zu sichern. Der ganze Kriegerverein war mobil gemacht, aber nur vier der Mitglieder hielten die Sache für wirklich so schlimm und erschienen. Was für Berichte, so fragen wir, mag man dem Landrathsamte zugesandt haben, um dieses zu solchem gar nicht erforderlichen, aber sehr kostspieligen Aufgebote der bewaffneten Macht zu veranlassen? Durch die Versammlung und während der Versammlung ist die Ruhe und Ordnung nicht im Geringsten gestört worden, aber durch das Aufgebot an Genossinnen war die Bevölkerung in Hetzen und Umgebungen in eine gewaltige Aufregung verlegt worden, deren Spannung allerdings durch allgemeine Heiterkeit ausgewechselt wurde.

Vor Schluß des Blattes geht uns die Nachricht zu, daß allen Arbeitern ein Schreiben folgenden Inhalts zugegangen ist:

Braunschweig, den 14. April 1900.
Sie erhalten hiermit die Nachricht, daß Sie zum 30. April o. gekündigt sind, wenn Sie nicht bis 18. April o. (bis Nachmittags 4 1/2 Uhr) in unserem Komptoir erklären, daß Sie dem vereinigten Fabrik- u. Arbeiterverband nicht mehr angehören oder angehört haben.

Firma S. Sander Söhne.
Herausfordernder kann man nicht gegen die Arbeiter vorgehen!

In Kollberg stehen die auf Bauten und Holzplätzen beschäftigten Kollegen in einer Lohnbewegung, 53 Kollegen haben bislang die Arbeit niedergelegt.

In Jahnitz sind 97 Arbeiter auf der Zementfabrik Weker entlassen worden. Die Entlassungen erfolgten, weil eine Verbesserung der Löhne angestrebt wurde, der Besitzer aber nicht geneigt war, dem Wunsche der Arbeiter nachzukommen.

Der Streit der auf den Danziger Holzhandelsplätzen beschäftigten Arbeiter ist durch Vergleich beendet.

Korrespondenzen.

Mittheilung. Am 27. März tagte unsere Mitteldeutscher-Versammlung, die als 1. Punkt zu behandeln hatte: Wie gestalten wir unsere Organisation? Es wurde beschlossen, an den Vorstand heran zu treten und an ihn die Frage zu stellen, wie weit ihm über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse statistisches Material zur Verfügung stünde. — Dann wurde der Kartellbericht erfaßt. Darauf wurde die Entschädigung der Bevollmächtigten und Revisoren geregelt und als Bibliothekar der Kartelle Wuhlfeld, Schaumburgerstr. 84, 2. Et., gewählt.

Barnebeck. Vom Gau 14 wurde am Sonntag, den 1. April, in den Gauen Dörfern Ohstfeld und Wohlthorff eine Versammlung abgehalten, in der Genosse Schulz aus Hamburg über: Die Lage der arbeitenden Klasse und wie verbessern wir dieselbe referirte. In anberühaltstündiger Ausführung brachte er hauptsächlich die überaus traurige Lage der Arbeiter auf dem Lande zur Sprache, entzollte auch ein Bild von den Zuständen der Landarbeiter in Mecklenburg, bei dortigen Arbeitsbedingungen und den miserablen Wohnungsverhältnissen unter dem Protektorat der Großgrundbesitzer, die 1 Mk. Tageslohn bei freier Wohnung bezahlten; obendrein sind die Arbeiter noch schlechter behandelt von Seiten der Gutsinspektoren ausgeübt, wobei die fattsam bekannnten Gesindeordnungen eine Rolle spielen, unter deren Bestimmungen auch die Hamburger Arbeiter auf dem Lande schwer zu leiden haben. Es wäre endlich Zeit, sich aus dieser bitteren Lage und Bevormundung zu befreien durch Zusammenschluß in einer Organisation, wobei jedoch einen Hinweis auf den Verband der Fabrik-, Grund-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen gab, unter Zugrundelegung der Vortheile, die der Verband seinen Mitgliedern in Rothlagen zu bieten vermag. Für den interessantesten Vortrag, der so recht die Verhältnisse auf dem Lande zwischen Besitz und Arbeit kennzeichnete, wurde dem Referenten ein lang anhaltender Beifall zu Theil. Im gleichen Sinne sprachen auch die Kollegen G. Sad und C. Vogt, mit dem Hinweis auf das vorliegende Bahnprojekt, das die Hamburger Dörfer mit der Stadt in näheren Verkehr bringen soll. Bis dahin mühen die Landarbeiter organisiert sein und in Reich und Gütten den Ausbeutungsgelüsten der Herren Aktionäre kampfbereit gegenüberstehen. Hierauf wurde beschlossen, nicht sofort eine Zahlstelle zu bilden, sondern vorläufig einen Vertrauensmann, den Kollegen G. Han, der am Orte wohnhaft, einzusetzen. Dieser hat für Aufnahme neuer Mitglieder, Eintausen der Beiträge und Verwirklichung des Verbandsganges Sorge zu tragen. Es ließen sich 18 Personen als Mitglieder in den Verband einschreiben.

Bergedorf. Am 7. April referirte Kollege Stille über: „Arbeiterausgesessene“. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wäre wohl zu erwarten gewesen, daß mindestens die Hälfte der Mitglieder erschienen würde, da doch den meisten Arbeitern der ihnen zustehende Sachverhalt unbekannt ist. Hierauf gab Kollege Stille bekannt, daß am 1. Mai, Morgens 9 Uhr, eine Versammlung im Lokale der Frau Wank in Bergedorf stattfindet, für den Nachmittag ist ein gemeinsamer Spaziergang nach dem Bergedorfer Gehölz geplant und Abends findet ein Unterhaltungsabend bei Frau Wank im Lokale Petersburg statt. Das Sommerfest unserer Zahlstelle findet am 29. Juli auf der Schleiße statt. In das Fest-

Lomida für das Gewerkschaftsfest wurden 5 Mann gewählt. Kollege Spangenberg regt an, daß die Frage: Anzahl der Delegierten zum Parteitag die nächste Tagesordnung sein soll. Die Entlassung von A. Mann und das Vorgehen des Direktors auf der Fabrikfabrikfabrik kam auch zur Sprache.

Beitrag. Sonntag, den 8. April, tagte im Rabe's Salon unsere Versammlung. Der erste Bevollmächtigte erstattete dem Bericht über das abgelaufene Quartal. Es haben getagt: 1 außerordentliche, 1 Mitglieder-Versammlung und 4 öffentliche Versammlungen, wovon 2 öffentliche in Weihenau abgehalten wurden. In Weihenau ist eine Zählstelle geschaffen worden, die mit den von Berlin überkommenen ca. 60 Mitgliedern. Kollege Müller gab hierauf den Rapport vom 1. Quartal. Die Einnahme betrug 512,36 RM., die Ausgabe 106,78 RM., an dem Vorstand wurden abgegeben 21,00 RM., bleibt Reinertrag 184,58 RM. Nachdem die Revisoren den Bericht für richtig erklärt hatten, wurde dem weiteren Bevollmächtigten Entlassung erteilt. Darauf gab der Bibliothekar, Kollege Jung, bekannt, daß die Bibliothek zur wenig benutzt werde und hat die Kollegen, fleißiger zu lesen. Die Bibliothek befindet sich in Weihenau, 20 beim Kollegen Jung, und steht den Mitgliedern zu jeder Tageszeit zur Verfügung. Der Vorsitzende wies noch darauf hin, daß die Mitglieder eine immer regere Agitation entfalten müßten, denn werbe der Verband auch ein immer größeres Empfinden zu verzeichnen haben.

Verenburg. Am 31. März tagte unsere Mitglieder-Versammlung, die nach eingehender Beratung eine Versicherung unserer Zerstreuung für die Bibliothek beschloß. Auf Antrag wurden zwei Kollegen und zwei Kolleginnen, die in Folge von Krankheit und Unfällen in Rath gerathen waren, Unterstützung gewährt. Für den 15. April wird die Abhaltung eines Familienabends beschlossen. Als Delegierte zur Konferenz in Weihenau wurden die Kollegen Schmitt und Döppe gewählt. Nach einer sehr eifrigen Mahnung des ersten Bevollmächtigten, die Mitglieder fleißiger nach Kräften für den Verband agitieren, und ein Jeder müsse alle Momente ein neues Mitglied gewinnen, bis alle Gewerkschafts-Arbeiter organisiert seien, wurde die Versammlung geschlossen.

Brandis bei Leipzig. Eine von etwa 200 Personen besetzte Versammlung tagte am 1. April in Weihenau bei Brandis. Kollege Schulz-Weiß hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Nach diesem wurde von verschiedenen Seiten der Nachweis gebracht, daß die Organisation der Arbeiter unbedingt erforderlich ist. Mehrere Personen folgten dem Rufe und ließen sich in den Verband aufnehmen. Es war übrigens das erste Mal, daß in Weihenau eine Versammlung in einem Lokal tagen konnte. Bisher hatte keiner der Wirthe seinen Saal hergegeben. Hoffentlich halten die Arbeiter von Weihenau und Umgebung das Versprechen und lassen sich das Bier nur in dem Lokal schmecken, das ihnen auch zur Versammlung zur Verfügung steht.

Charlottenburg. Am 3. April hielten wir eine gutbesuchte öffentliche Versammlung ab. Wir hatten vorher den Stadtpark vorbreitet und gleichzeitig das Lager der Versammlung bekannt gegeben. Der Erfolg war denn auch zufriedenstellend. Frau Meiß hielt einen interessanten und von der Versammlung mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Was haben die Arbeiter und Arbeiterinnen zu thun, um eine menschenwürdige Existenz zu erlangen?“. Lednerin führte in einer anderthalbstündigen Rede den Werth und Nutzen der Organisation vor Augen, empfahl hauptsächlich den Arbeiterinnen den Anschluß an dieselbe und wies schließlich nach, daß ein großer Theil Arbeiterinnen in allen Gewerkschaften beschäftigt werden, sie erhalten aber lange nicht den Lohn, den männliche Arbeiter beziehen und bieten somit den Familien erdrückende Kontingenzen. Daher müßten die Arbeiterinnen organisiert werden und für die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ kämpfen, dann werde die Frau nicht mehr Lehnwaise sein. Es wurden denn auch 15 Mitglieder gewonnen, welche sich aufnehmen ließen, und mit einem begeisterten Hoch auf die Internationale Arbeiterbewegung schloß die Versammlung. — Es scheint nun den hiesigen Arbeitern doch noch und noch die Erkenntnis ihrer Lage klar zu werden, denn die jetzigen Umstände hier berechtigen zu den schönsten Hoffnungen. Wünschen wir, daß sich dieselben erfüllen.

Silber. Die Mitglieder-Versammlung tagte am 23. März im Lokal des Herrn Schneider, Wandsbeker-Straße 2449. Der Genosse Bürger referierte über das Thema: „Der heutige Lohnarbeiter dem früheren Sklaven gegenüber.“ Der Redner zog einen Vergleich zwischen der sozialen und wirtschaftlichen Stellung der heutigen Lohnarbeiter und der Sklaven. Wenn sich da auch eine bedeutende Veränderung vollzogen habe, so sei trotz alledem der Lohnarbeiter weiter frei von sozialen Fesseln, noch gefesselt gegen wirtschaftliche Noth. Es sei also für ihn die Nothwendigkeit geboten, für seine Befreiung und für Besserstellung seiner Lage zu kämpfen. Das geschieht am wirksamsten durch den Zusammenschluß. Zu dem Kartellbericht ergriff dann Genosse Bürger nach einmal das Wort und führte an, daß man sich in der Kartellbildung mit den zu der Unfallversicherungs-Novelle gemachten Vorschlägen befassen solle. Die Veränderungen, welche im Interesse der Arbeiter vorgenommen sind, werden einer eingehenden Würdigung unterzogen. Dann wurde die Resolution des Berliner Arbeitervereins einstimmig angenommen. Es wurde dann die Anschaffung einer Verbands-tafel beschlossen. Kollege Weidemann wurde als Hilfskassier gewählt. Der Beschluß einer Agitation für die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung wurden die Kollegen aufgefordert und dann noch lokale Angelegenheiten erörtert.

Frankenthal. In einer am 25. März tagenden Mitglieder-Versammlung referierte Kollege Reich. Redner gab einen historischen Rückblick über die Entwicklung der Organisationen im Allgemeinen und schilderte die Widerwärtigkeiten, mit denen sie in England zu kämpfen hatten und in Deutschland noch zu kämpfen haben. Auch der hiesige Frankenthal hat man es nicht leicht gemacht, trotzdem ist es heute am Orte die zweitgrößte Organisation. Als Revisor wurde dann Kollege Kienow in Vorschlag gebracht, der Zustand der Barbäre behandelt und bekannt gegeben, daß an die Leiter sämtlicher Fabriken ein Schreiben gerichtet worden sei mit dem Entzwe, den ersten Mai freizugeben. Wird der Antrag nicht berücksichtigt, so hat jeder Arbeiter selbst zu wissen, ob er hierzu kann und will.

Hülfsenberg. Am 14. April tagte unsere Mitglieder-Versammlung, welche einen anderen ersten und zweiten Bevollmächtigten in Vorschlag brachte. Die Arbeiter des Herrn Schulz, 26 an der Zahl, hatten andere Arbeit gefunden, weilhinet eine Lohnerhöhung abgelehnt worden war. Als sie aber bei ihrem neuen Arbeitgeber anfangen wollten, erfuhr man sie zu ihrem Entsetzen, daß dieser inzwischen die Grube ihres Arbeitswesens erforschen hatte und sich nun weiters, den abgelehnten Lohn erhöhen wollte. Aber auch Herr Schulz hatte sich inzwischen anders besonnen und nahm sämtliche Arbeiter unter einer Erhöhung des Tageslohnes um 20 Pfennig wieder an.

Giesenheim a. M. Am 1. April tagte im bescheidenen öffentlichen im Gasthaus zur Rose eine von uns veranstaltete öffentliche Gewerkschaftsversammlung zwecks Gründung einer Zählstelle. Der Referent, Kollege Ester aus Frankfurt a. M., referierte über das Thema: Die ist es uns möglich, bessere Wohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen zu erreichen? Referent legte in seiner einständigen Rede den Anwesenden klar auseinander, wie nothwendig es ist, daß die Arbeiter sich organisieren, nur durch die Organisation ist es den deutschen Arbeitern möglich, sich ihre Lebenslage zu verbessern und so der Ausbeutung durch die Unternehmungsklassen entgegenzusetzen. Gerade in Giesenheim, wo 400 bis 500 Arbeiter wohnhaft sind, welche theils in Gemüthen Fabriken, theils auf den Backsteinfabriken

am hiesigen Orte beschäftigt sind, ist die Lage der Arbeiter nicht so, daß die Arbeiter sagen könnten, wir haben keine Verbesserung erzielt. Deshalb war Redner auf die Backsteinfabriken hin, in welchen Mißstände herrschen, welche kaum glaublich sind. Bei einer 12- bis 18stündigen Arbeitszeit pro Tag erhalten die Arbeiter einen Lohn von 2,80 bis 3,20 RM. Mit einem fröhlichen Appell an die Versammlung, recht zahlreich anwesend, wurde beschlossen, sich selbst unter Beifall der Anwesenden einen Vorstand zu wählen. Ein Giesheimer Kollege trat energisch für die Organisation ein, indem er in trefflicher Weise erklärte, wie die Arbeiter auf den Backsteinfabriken von den Fabrikskassen verschont werden müssen. Ein Giesheimer Kollege forderte Kollege Ester, den Vorstand zu organisieren und dem Verband beizutreten. Trotz der schlechten Verhältnisse wurden 5 Mitglieder gewonnen.

Halle-Nord. In der Giesheimer-Tagung am Sonntag, den 22. März, unsere Mitglieder-Versammlung. Der 2. Punkt der Tagesordnung, Schlußnahme zur Arbeitslosenversicherung, wurde bis zu einer der demnächst tagenden Versammlungen verschoben. Als Delegierte zur Kaufmanns-Versammlung wurde Kollege Müller gewählt. Dann wurde beschlossen, bei der Wahlordnung die Vertretung des Stütz des Bauvorstandes nach Halle zu beantragen. Gelegenheitlich der hier tagenden Konferenz wird zu Ehren der Delegierten ein Kränzchen veranstaltet werden. Unter Verschiedenes war über die am Ort vorliegenden Arbeitsbedingungen lebhaftes Gespräch.

Hamburg. In der Mitglieder-Versammlung vom 15. März bei Herrn, Goye-Bücher, wurde das Andenken des verstorbenen Hauptkassiers J. Wilhelm, Hannover, in höchster Weise geehrt. Nachdem Herr Frau Bieg einen interessanten Vortrag über: „Was Reinen Nächsten als ich selbst.“ Den Kartellbericht erstattete die Kollegin Frau Bruhs. Eine Resolution, welche im Kartell zur Unfallversicherung gefaßt wurde, fand, nachdem Frau Bieg die Petition eingehend begründet hatte, Annahme. Das Regulative für das Arbeiter-Sekretariat wurde bis auf den Paragraphen 2 angenommen. Dieser soll auf Antrag Bahle dahin geändert werden, daß die Arbeitszeit der Sekretäre Morgens eine Stunde später beginnt und Abends eine Stunde später aufhört. Dieser Arbeiter sei es nicht möglich, die frühen Sperrstunden zu benutzen, um ihre Angelegenheiten zu erledigen. Hiernach wurde Müller zum Hilfskassier gewählt. Kollege Bahle forderte auf, da von jetzt ab nur dann Kaufzeit ausgegeben werden, wenn wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, rege die Versammlungen zu besuchen. Jahand fragt an, ob die Mitglieder nicht geneigt seien, für die Anschaffung einer Fahne zu stimmen. Die Anfrage fand keinen Anklang.

Hildesheim. In der am 25. März hier tagenden öffentlichen Versammlung war Kollegin Röder erschienen, die den zahlreich erschienenen Personen einen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation hielt. Die Lohnverhältnisse der Facharbeiter wurden einer Kritik unterzogen; hier werden den Arbeitern in den Gieß- und Lagerräumen sehr niedrige Löhne bezahlt. — Die Versammlung wäre vielleicht noch besser besucht gewesen, wenn man nicht unsere Plakate, welche die Versammlung bekannt gaben, abgerissen hätte.

Hildesheim. Am 12. April 1900 tagte eine Extraversammlung. Weil die Bauarbeiter beschlossen haben, sich dem Zentralverband der Bau-, Erd- und gemerblichen Hilfsarbeiter anzuschließen, so machte es sich notwendig, neue Bevollmächtigte und Revisoren in Vorschlag zu bringen. Die Beweggründe, die die Bauarbeiter zum Uebertritt veranlaßt haben, wollen wir wegen des Raumes des „Proletariats“ nicht angeben, es sei nur bemerkt, daß diese Gründe rein sachlicher Natur sind. Wenn auch zuerst der Verband etwas Schaden erleidet, so kann dieses nur vorübergehend sein. Es waren fünf Bauarbeiter als Vorstand thätig; die Kollegen, die nun an deren Stelle treten, werden ihre Pflicht dem Verband gegenüber erfüllen. Als erster Bevollmächtigte kam Kollege Peter Knoop in Vorschlag, als zweiter Kollege Wilhelm Schulz, als dritter Kollege Heinrich Feinlein, als Revisoren die Kollegen Heim. Nachhale, Heim. Schmidt und Hr. Ehemann. Als Delegierte ins Gewerkschaftskartell wurden die Kollegen Knoop und Werm gewählt. Hierauf erläuterte der Kollege Bruhs das Regulative des Kartells, welches einstimmig angenommen wurde. Es wurde Stellung genommen zum 1. Mai und beschlossen, Neumärkten zu 25 und 30 Pf. zu nehmen. Ferner wurde auf Antrag des Kollegen Schüller es den Kollegen zur moralischen Pflicht gemacht, wenn ihre Arbeitsverhältnisse es ihnen erlaube, daß dieselben dann am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen sollen. Hierauf erstattete Kollege Schüller Bericht von Brunsbüttel und gab bekannt, daß er vorläufig noch nichts Bestimmtes versprechen könnte betreffs Gründung der Zählstelle, weil der Wirth in letzter Stunde sein Lokal zurückgegeben hätte; er könne aber konstatieren, daß er einen Kollegen mit der Aufnahme von Kollegen betraut, und dieser vorläufig das Material mit Waare abzurechnen hätte, weil Waare dort eine Person hätte, die das Recht hat, Mitglieder aufzunehmen. Der Kollege Schüller erklärte dann der Versammlung, daß Brunsbüttel nicht so liegen bleiben könnte, sondern daß dort kräftig gearbeitet werden müßte, um seinen Fuß zu fassen. Der Kollege wurde dann beauftragt, die Fäden in der Hand zu behalten, um dort weiter arbeiten zu können. Dann wurde auf Anregung des Kollegen Schüller beschlossen, eine Sanztagation vorzunehmen, und wurde dieses dem Vorstande übergeben. Nach einem Appell des Kollegen Schüller, da nun die Bauarbeiter aus dem Verbande ausgetreten seien, erst recht für den Verband thätig zu sein, erfolgte Schluß der Versammlung.

Kellinghusen. Am Sonntag, den 13. April, tagte unsere erste diesjährige außerordentliche Versammlung. Die Abrechnung wurde verlesen und, da Niemand Einspruch erhob, dem zweiten Bevollmächtigten Dehage erteilt. Sodann kam der dritte Punkt, Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gelegenheitsarbeiter, zur Erledigung. In diesem Punkte wurde ein Antrag gestellt, eine 3 gliedrige Kommission zu wählen, die einen Lohn- und Arbeitsvertrag auszuarbeiten und der nächsten Versammlung vorlegen soll. Darum, Ihr Arbeiter, rufft Euch auf, tretet in den Verband ein, denn nur der allein vertritt Eure Interessen. Darum auf, Ihr Arbeiter, auf zur nächsten Versammlung!

Lehrdorf. Am Sonntag, den 25. März, waren vier Kollegen der Hülfsberger Zählstelle hier anwesend, um den hiesigen Mitgliedern in einer Mitglieder-Versammlung vor Augen zu führen, wie wirksam die Organisation für die Interessen der Arbeiter eintritt, denn in der Hiesigen, seit etwa 8 Wochen bestehenden Zählstelle hat sich unter den Mitgliedern wegen der Schwierigkeiten, welche der Organisation hier in den Weg gesetzt werden, etwas Mißmuth eingeschlichen, der gerade am so gefährlicher werden kann, als die Gegner der Organisation bestrebt sind, durch allerlei Schikanen und verwerfliche Mittel die hiesige Zählstelle zu Grunde zu richten. Gleich nach Gründung der Zählstelle wurden die Leiter der Sache gewahrt. Dieses von den Unternehmern so beliebte Mittel schlug fehl, da die betroffenen zwei Mann sofort anderweitig Arbeit erhielten. Da man nun einseh, daß die besten Arbeitskräfte der Organisation angehören, folglich bei Entlassung derselben loyal gestimmte Arbeiter die Entlassenen mit Freuden in ihre Betriebe aufnehmen, wurden die Maßregelungen eingestellt und das weitere sehr beliebte Mittel der Sozialabreiser angewandt. Leider mit Erfolg. Es war trotz aller Verjuche der Hülfsberger Kollegen nicht möglich, ein Lokal zu erhalten, wo die Angelegenheiten der Zählstelle besprochen werden können. In erster Linie ist es Pflicht der Lehrdorfer Kollegen, trotz aller Schikanen und Unterdrückung fest und treu zur Organisation zu stehen, kein Mann darf abtrünnig werden, sondern muß versuchen, seine noch fernstehenden Kollegen heranzuziehen um den Gegnern die geschlossene Macht gegenüber treten zu können. Den Sozialabreiser aber ist klar zu machen, daß man sein Geld auch anderwärts verzehren kann, wenn sie in der angenehmen Lage sind, auf die Arbeiterkundschaft verzichten zu können. Wenn dann die Gegner sehen, daß Ihr auch trotz aller Unterdrückungsversuche nicht ferner zu machen seit, so werden sie ihre Bekämpfung von selbst aufgeben, denn bekanntlich können die Arbeiter nicht ohne Arbeiter leben. Den Herren von Sozialabreiser werden wir aber beweisen, daß ihrer Macht durch die Organisation Schranken gezogen werden können.

Am Dienstag, den 3. April, tagte unsere Mitglieder-Versammlung, die sich eines starken Besuchs zu erfreuen hatte. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Wegner durch Erheben von den Sigen. Zur Ausnahme hatten sich 65 Personen gemeldet; einer derselben wurde nicht aufgenommen, weil er seinen Verpflichtungen im Fabrikarbeiter-Verband nicht nachgekommen war. Beim 2. Punkt der Tagesordnung, „Anträge zur Sanztagation“, wurde beschlossen, die Sanztagation zu beantragen, an den nächsten Verbandstag den Antrag zu stellen, daß die Gelber zur Agitation nach einem anderen System vertheilt werden, denn jetzt hätten die Waue mit vielen und großen Zählstellen und verhältnismäßig kleinem Agitationsfeld das meiste Geld, während die Waue mit großem Agitationsfeld nur wenige Zählstellen und deshalb auch zu wenig Geld zur Verfügung hätten. Dann wurden zwei in Rath gerathene Kollegen zu 20 Mark bewilligt. Hierauf entspann sich eine lange Debatte über: „Lagerarbeiterinnen bei der Firma Karl Thiel u. Co.“ Dieselben waren bei den Inhabern der Firma vortheilhaft geworden um eine kleine Lohnerhöhung von 17 1/2 Pf. auf 20 Pf. pro Stunde, sie wurden aber kurzerhand abgewiesen, worauf die Kolleginnen wieder an ihre Arbeit gingen. Kurze Zeit darauf sei der Meister erschienen und habe gefragt, ob sie für den alten Lohn weiter arbeiten wollten oder nicht. Eine kleine Bedenkzeit, die die Kolleginnen wünschten, wurde ihnen nicht gewährt, worauf sie dem Meister erklärten, für den alten Lohn nicht weiter arbeiten zu können. Es hatte aber Niemand daran gedacht, daß dies ihre Entlassung sein könnte. Aber kurz vor Feierabend wurden die Entlassungscheine und das Geld ausgehändigt. Die Unterhandlungen der Bevollmächtigten mit Herrn Thiel sind resultatlos verlaufen. Die Versammlung war einstimmig der Ansicht, daß die Kolleginnen gemahregelt sind, weil sie völlig überumpelt worden sind. Der Vorstand wurde beauftragt, beim Hauptvorstand Gemahregeltenerunterstützung zu beantragen. Ferner wurde noch vorgebracht, daß einige der Entlassenen einen Strafbefehl von 5 RM. von der Polizeibehörde erhalten haben, weil sie in der Schwärterallee auf dem Bürgersteig gestanden und dadurch den öffentlichen Verkehr gestört hätten. Dann entspann sich eine längere Debatte über die Mißstände auf den hiesigen Lagersfabriken, worauf die Versammlung um 12 Uhr geschlossen wurde.

München-West. Sonntag, den 25. März, tagte im Brau-müllerhof, Landbergstraße, eine gut besuchte Versammlung. Zum Punkt „Wirtschaftliche Rundschau“ sprach Kollege Richter und kritisierte die Mißstände in vielen hiesigen Betrieben, und namentlich im Baugebiet, in welchem die Lage der Arbeiter die schlechteste ist. Des Ferneren kam Redner auch auf die Lage der Kohlenarbeiter zu sprechen und forderte diese auf, der Organisation beizutreten. Schließlich brachte Redner auch seine Maßregelung und die des Kollegen Nagler in der Meppler'schen Gummiabrik zur Sprache. Als Dritte im Bunde sei noch Frau Weidinger entlassen, obwohl Frau Weidinger schon 8 Jahre in der Gummiabrik arbeite. Gewiß ein sehr schönes Gebahren der Leitung genannter Fabrik. An der darauffolgenden Debatte beteiligten sich einige Kollegen und geistelten scharf das Verhalten des Meisters Wagner, welcher hauptsächlich dahin arbeitete, die organisierten Arbeiter aus der Fabrik zu vertreiben. Es wurde hierauf nachstehende Resolution einstimmig angenommen: Die Delegierten der Organisation mögen im Gewerkschaftsverein nach Kräften dafür eintreten, daß besagte In-stitution dafür Sorge trägt, daß die breite Masse, hauptsächlich die organisierte Arbeiterklasse, nach Schluß des Verhättnisses des Herrn Kommerzienrathes Meißler, besonders anlässlich der Maßregelung der Kollegen Richter und Nagler, würdige. Zum dritten Punkt „Verbandsangelegenheiten“, wurde Kollege Florian Gossel an Stelle des ausgetretenen Kollegen Vater als Schriftführer gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde bekannt gegeben, daß der Saal für den Bau Bayern am Ostermontag im Restaurant „Dall Arm“ stattfindet. Kollege Steimer wurde als Delegierter hierzu gewählt. Es wurde beschlossen, einen Antrag Artimeier wegen Einführung einer Krankenunterstützung auf dem Saaltag zu stellen. Hierauf erstattete Kollege Richter als Delegierter vom Gewerkschaftsverein den Bericht und erklärte, eine Neuwahl derhiesigen halber nicht mehr annehmen zu können. Kollege Rahn wurde als Delegierter zum Gewerkschaftsverein gewählt und Nonnenmacher als Ergamann. Des Ferneren wurde Kollege Sirtich als Hilfskassier für die Gollinstraße gewählt.

Neu-Weissenfelde. Am Sonntag, den 24. März, tagte hier eine öffentliche Versammlung, in der Frau Reich über „Die Bedeutung der Gewerkschafts-Organisation“ sprach. In ihrem anderthalbstündigen, mit Beifall aufgenommenen Vortrag schilderte die Referentin die Erfolge, die durch eine geschlossene Organisation erlangt wurden, und forderte die Anwesenden auf, sich der Organisation anzuschließen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Jung und Kowal. Unter „Verschiedenes“ stellt Kollege Jung die Frage, ob sich die Kollegen der Zählstelle Berlin anschließen, oder aber ob sie eine eigene Zählstelle gründen wollen. Reich tritt für eine eigene Zählstelle ein und fordert die Anwesenden auf, sich ihm anzuschließen, worauf ihm zugestimmt wurde. Als Bevollmächtigte wurden Reich, Erhard und Matulat ernannt.

Ostfeldorf. Mitglieder-Versammlung am 8. März bei G. Schwann. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der 1. Bevollmächtigte das Abwesen unseres Kollegen J. Wilhelm in Hannover bekannt, dessen Andenken von der Versammlung durch Erheben von den Sigen geehrt wurde. Es wurde beschlossen, den Hilfskassieren 50 Pf. für jeden Kaffeetag zu zahlen, ferner um Unterstützungswesen mit allen Hamburger Zählstellen gleich zu stellen. Ebenfalls wurde der Wunsch an das Gewerkschaftskartell und die Sozialkommission beschlossen. Nachdem unser Bevollmächtigter Finzern die auswesenden Mitglieder noch ersuchte, dafür zu agitieren, daß unsere Versammlungen immer besser besucht würden und sich neue Mitglieder anschließen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Ostfeldorf. Eine öffentliche Versammlung tagte am 11. März. Ueber den proletarischen Klassenkampf referierte Frau Zieg-Hamburg. Für ihre vortrefflichen Ausführungen erntete sie wohlverdienten Beifall. Kollege Haras glaubte, wegen des schwachen Besuchs der Versammlung würde auch hier, wie schon an vielen Orten, durch die Launen der Arbeiter unsere Zählstelle bald wieder zu Grunde gehen. Frau Zieg suchte diese Besorgnis zu widerlegen und forderte die anwesenden nichtorganisierten Frauen und Männer auf, sich unserem Verband anzuschließen.

Potsdam. Am 22. März tagte im Glaser's Lokal unsere Mitglieder-Versammlung. Als Delegierte zum Gewerkschaftskartell wurden gewählt die Kollegen Hermann Wandow und Hugo Krause und zwar auf Jahr und Tag. Für den veranlassenden Kollegen Kogernitzda in Bornstedt wurden 10 Mark aus der Kasse bewilligt, auch sollen für den Kollegen nach Effen in Umanj 5 Mark gegeben werden. Die Versammlung spricht sich äußerst ungnädig über die Zeitungsboten aus und beschließt,

